infratest dimap

Juli 2015

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

© Infratest dimap, Moosdorfstraße 7-9, 12435 Berlin

infratest dimap

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage 1

Zusammenfassung 2

Schuldenstreit: Bundesbürger machen griechische Regierung für Scheitern der Verhandlungen verantwortlich 3

Nach Ansicht der Deutschen ist nun Griechenland am Zug 4

Bundesbürger sorgen sich um die Menschen in Griechenland – weniger um die Folgen für Deutschland oder für EU 5

Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäische Union: trotz größerer Skepsis überwiegen die Vorteile 7

Verbleib Griechenlands in der Eurozone umstritten 8

Positive Bewertung der Wirtschaftslage in Deutschland 9

Steigende Regierungszufriedenheit 11

Politikerzufriedenheit: Steinmeier weiter vorn 12

Sonntagsfrage: Union und SPD stabil 14

Große Offenheit für Neuregelung der Sterbehilfe 16

Furcht vor terroristischen Anschlägen in Deutschland wächst 17

ARD – DeutschlandTREND Juli 2015

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autor	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.001 Befragte Sonntagsfrage: 1.501 Befragte Aktuelle/künftige Wirtschaftslage: je ca. 500 Befragte	
Erhebungszeitraum	29. bis 30. Juni 2015 Sonntagsfrage: 29. Juni bis 1. Juli 2015	
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte Aktuelle/künftige Wirtschaftslage: 1,9* bis 4,4** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-154
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Zusammenfassung

Für die gescheiterten Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung und der Eurogruppe macht die deutsche Bevölkerung mehrheitlich Athen verantwortlich: Gut zwei Drittel (68 Prozent) sehen die Verantwortung dafür bei der Regierung Tsipras, lediglich 4 Prozent bei den anderen Euro-Ländern. Etwa ein Viertel (24 Prozent) ist der Auffassung, dass beide Seiten gleichermaßen Anteil am Scheitern haben.
In Folge dessen ist aus Sicht der Deutschen nun Griechenland am Zug: Neun von zehn (89 Prozent) finden, Griechenland sollte einen Schritt auf die übrigen Euro-Länder zugehen. Knapp vier von zehn (38 Prozent) sehen die Eurogruppe in der Pflicht ein überarbeitetes Angebot vorzulegen – eine Meinung, die überdurchschnittlich häufig von der Linke-Anhängerschaft (68 Prozent) vertreten wird. Dass die griechischen Bürger am nächsten Sonntag in einem Referendum über die Annahme der Vorschläge der Euro-Gruppe abstimmen können, findet eine Mehrheit (60 Prozent) hierzulande richtig. Derzeit plädieren 45 Prozent für einen Verbleib Griechenlands in der Eurozone, ebenso viele (45 Prozent) sind für einen Austritt. Allerdings halten 60 Prozent die Folgen eines Austritts Griechenlands für weniger dramatisch als noch vor einigen Jahren.
Einen möglichen Staatsbankrott Griechenlands sieht man hierzulande vor allem mit Blick auf die Situation der Menschen in Griechenland mit Sorge. Sieben von zehn Deutschen (69 Prozent) machen sich große Sorgen um die Hellenen. Die Sorge um die griechische Bevölkerung ist somit klar größer als die Befürchtungen um politische oder wirtschaftliche Folgen für Europa und Deutschland.

Die Bewertung der Wirtschaftslage in Deutschland bewegt sich damit auf anhaltend hohem Niveau: 76 Prozent bewerten sie als sehr gut oder gut. Im positiven Konjunkturumfeld fällt es dem Berliner Kabinett leicht, sich zu profilieren: Derzeit äußern sich 57 Prozent (+5 im Vergleich zum Vormonat) mit dessen Arbeit zufrieden. Finanzminister Wolfgang Schäuble erreicht vor dem Hintergrund seiner sehr klaren Positionierung in der griechischen Schuldenkrise mit einem Zufriedenheitswert von 70 Prozent seinen bisher höchsten Wert im ARD-DeutschlandTREND.

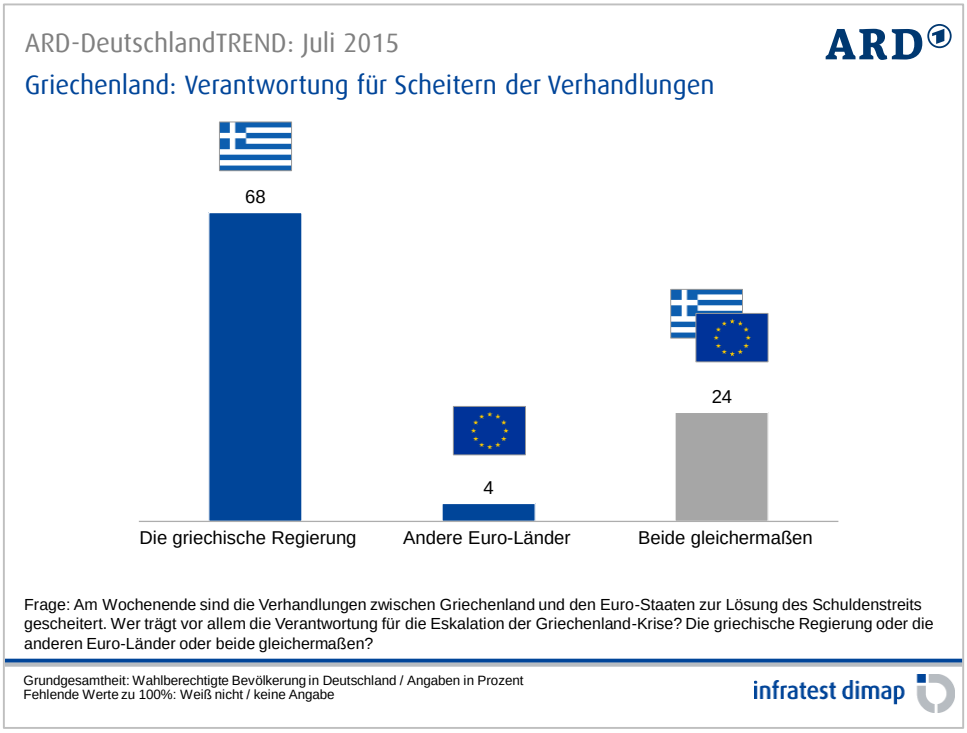
Die politische Stimmung in Deutschland ist nach wie vor weitgehend stabil. Wie im Vormonat würden sich 40 Prozent der Wahlberechtigten für die CDU/CSU entscheiden. Die SPD käme ebenfalls unverändert auf einen Stimmenanteil von 25 Prozent. Sowohl die Grünen (11 Prozent, +1) als auch die Linke (10 Prozent, +1) legen binnen Monatsfrist einen Punkt zu. Demgegenüber verliert die FDP einen Punkt und liegt mit einem Wähleranteil von 5 Prozent jetzt auf der Mandatsschwelle. Gleiches gilt für die AfD, für die sich aktuell ebenfalls 5 Prozent (+/-0) entscheiden würden.

Am Donnerstag diskutiert der Bundestag über neue Regelungen bei der Sterbehilfe. Die Bürger zeigen sich dafür offen: Vier von zehn (38 Prozent) plädieren dafür, die Beihilfe zur Selbsttötung zu erlauben. 43 Prozent sprechen sich sogar dafür aus, die gesetzlichen Grundlagen für eine aktive Sterbehilfe zu schaffen. Nur eine Minderheit (12 Prozent) spricht sich grundsätzlich gegen beide genannten Formen der Sterbehilfe aus.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND Juli 2015, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

Schuldenstreit: Bundesbürger machen griechische Regierung für Scheitern der Verhandlungen verantwortlich

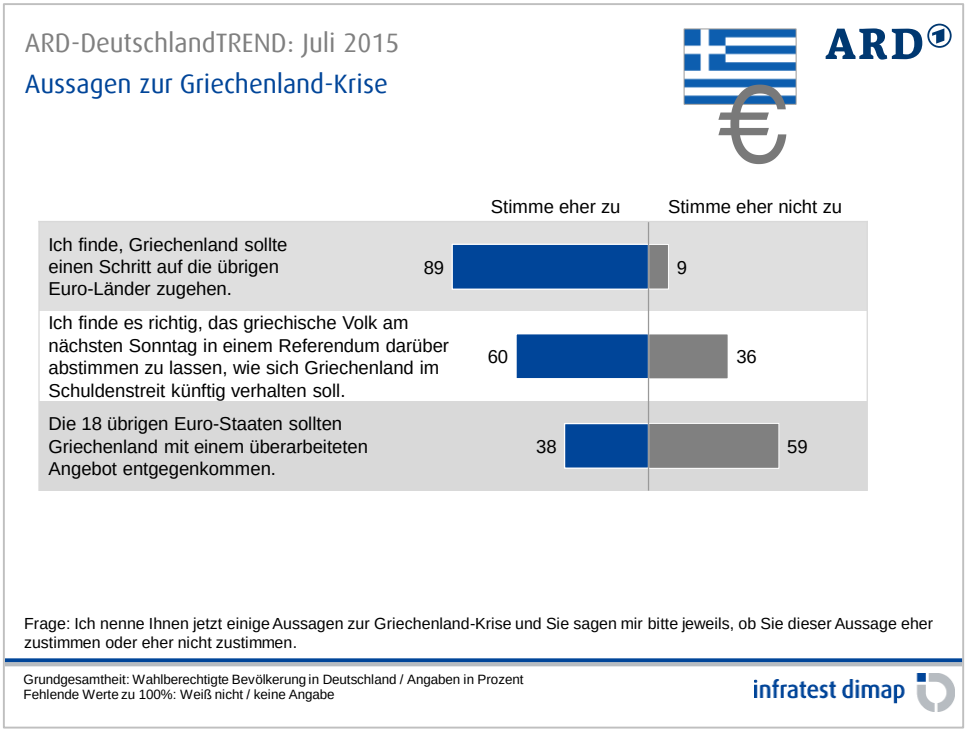
Nach den am letzten Wochenende gescheiterten Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung und den anderen 18 Euro-Ländern über eine Lösung in dem Schuldenstreit haben sich beide Seiten gegenseitig die Schuld zugewiesen. Zwei Drittel (68 Prozent) der deutschen Bevölkerung sehen die Hauptverantwortung für das Scheitern der Verhandlungen bei der griechischen Regierung. Lediglich 4 Prozent machen die anderen Euro-Länder dafür verantwortlich. Ein Viertel (24 Prozent) ist der Auffassung, dass beide Seiten gleichermaßen Anteil am Scheitern der Verhandlungen haben.



Die Frage der Verantwortlichkeit wird innerhalb der Parteianhängerschaften deutlich unterschiedlich gesehen: Während 85 Prozent der Unions-Anhänger die Tsipras-Regierung für das Scheitern verantwortlich machen, sind es nur 34 Prozent der Linke-Anhänger. Diese sehen überdurchschnittlich häufig (42 Prozent) sowohl Griechenland als auch deren Geldgeber in der Verantwortung.

Nach Ansicht der Deutschen ist nun Griechenland am Zug

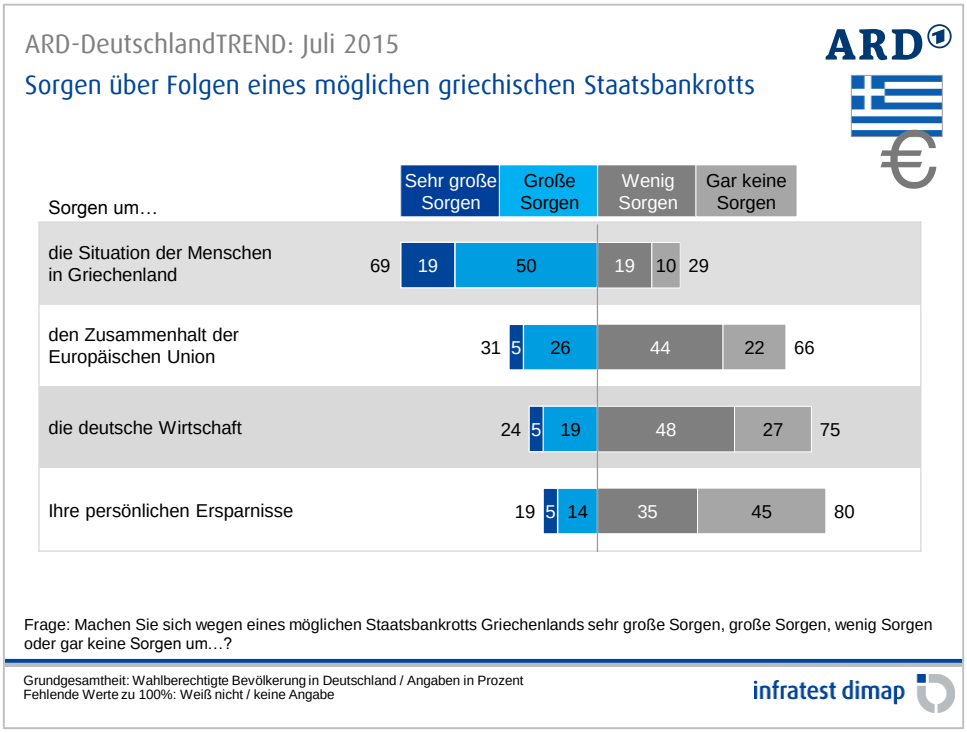
Da die Verantwortung für die Eskalation der Krise vor allem bei der griechischen Regierung gesehen wird, ist nach Meinung der Bundesbürger nun Griechenland am Zug: Neun von zehn Deutschen (89 Prozent) finden, Griechenland sollte einen Schritt auf die übrigen Euro-Länder zugehen. Knapp vier von zehn (38 Prozent) sehen die 18 anderen Eurostaaten in der Pflicht, Griechenland mit einem überarbeiteten Angebot entgegenzukommen – eine Meinung, die insbesondere von der Linke-Anhängerschaft (68 Prozent), weniger von den Anhängern der anderen Parteien vertreten wird.



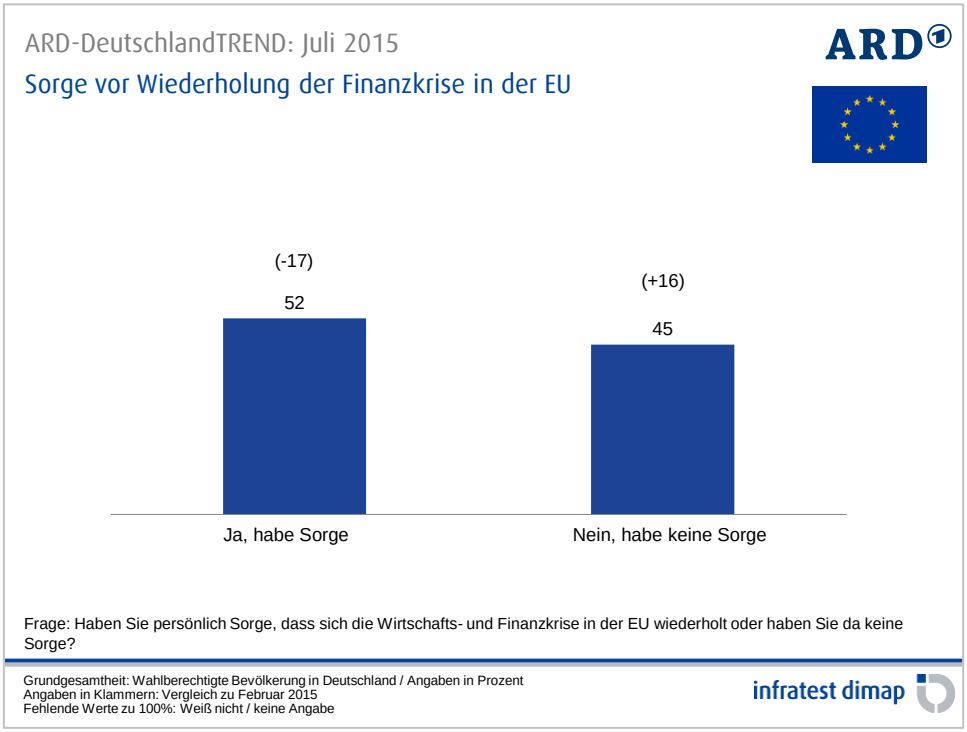
Das für den nächsten Sonntag geplante Referendum über die Annahme der Vorschläge der Euro-Gruppe stößt bei einer Mehrheit (60 Prozent) der Bundesbürger auf Zustimmung, gut ein Drittel (36 Prozent) lehnt den griechischen Bürgerentscheid hingegen ab.

Bundesbürger sorgen sich um die Menschen in Griechenland – weniger um die Folgen für Deutschland oder für EU

Einen möglichen Staatsbankrott Griechenlands sieht man hierzulande vor allem mit Blick auf die Situation der Menschen in Griechenland mit Sorge. Sieben von zehn Deutschen (69 Prozent) machen sich sehr große (19 Prozent) bzw. große Sorgen (50 Prozent) um die dort lebenden Menschen. Die Sorge um die griechische Bevölkerung ist somit klar größer als die Befürchtungen um politische oder wirtschaftliche Folgen für Europa und Deutschland. Negative Auswirkungen auf den Zusammenhalt der Europäischen Union befürchten drei von zehn (31 Prozent). Etwa ein Viertel hat angesichts der Griechenlandkrise Sorge um die deutsche Wirtschaft (24 Prozent). Noch weniger (19 Prozent) machen sich Gedanken um die eigenen Ersparnisse.



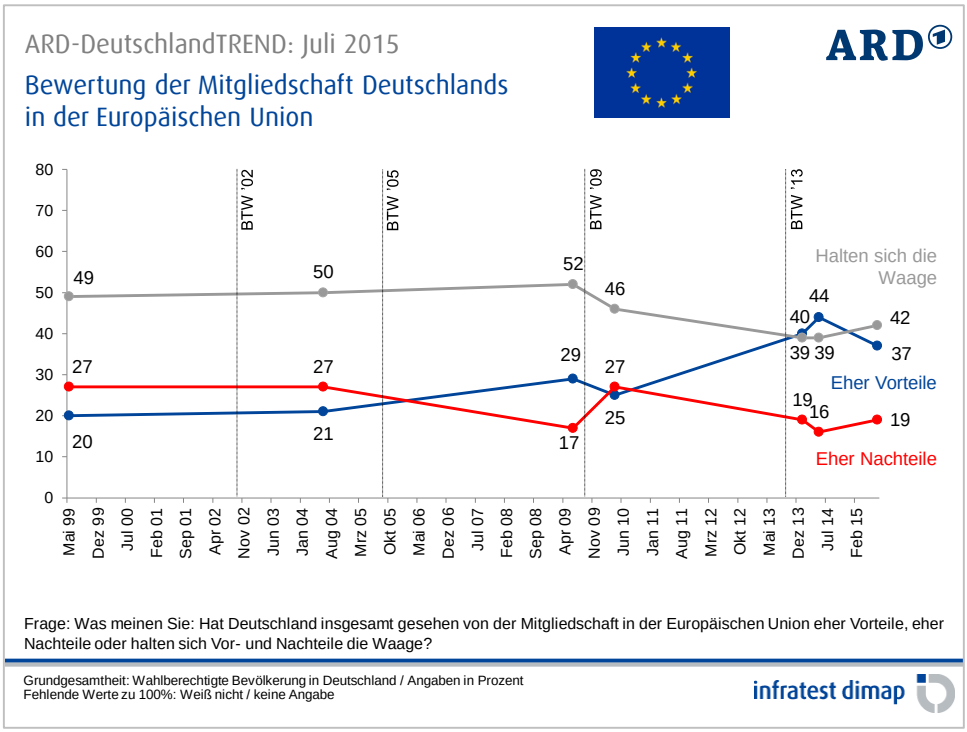
Eine Wiederholung der Wirtschafts- und Finanzkrise in der EU beunruhigt derzeit die Hälfte der Bevölkerung (52 Prozent, -17) – allerdings sind das deutlich weniger als noch zu Jahresbeginn (vgl. ARD-DeutschlandTREND vom Februar).



Diese größere Gelassenheit hat teilweise wohl auch damit zu tun, dass 60 Prozent der Deutschen die Folgen eines Austritts Griechenlands aus der Eurozone für weniger dramatisch halten als noch vor einigen Jahren.

Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäische Union: trotz größerer Skepsis überwiegen die Vorteile

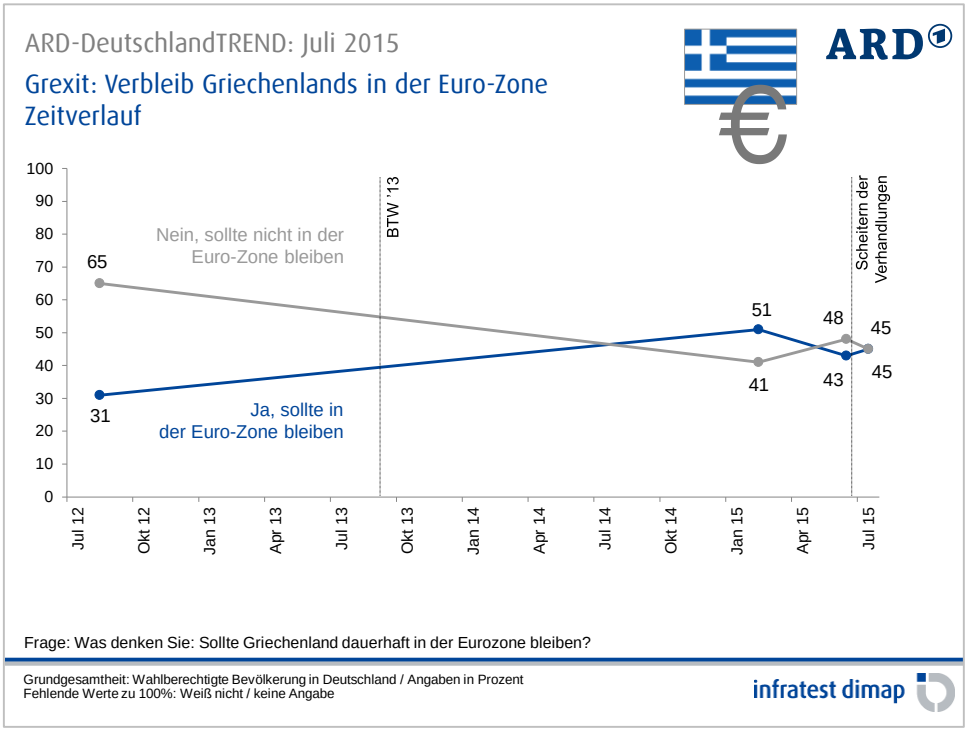
Die gegenwärtige Diskussion um die Probleme mit Griechenland hat offenbar auch die Meinungen der Bundesbürger zur Europäischen Union beeinflusst. Derzeit sind 37 Prozent der Bürger - und damit weniger (-7) als vor einem Jahr - der Meinung, die Bundesrepublik würde von der EU-Mitgliedschaft eher profitieren. Für vier von zehn (42 Prozent, +3) halten sich Vor- und Nachteile in etwa die Waage. Eine Minderheit (19 Prozent, +3) empfindet die Mitgliedschaft in der Europäischen Union als eher nachteilig für Deutschland.



Auch wenn damit der Anteil derer, die der Europäischen Union abwartend gegenüberstehen, etwas gestiegen ist, stellen die aktuellen Zahlen keine dramatische Verschlechterung dar. Seit vielen Jahren herrscht die Meinung vor, Vor- und Nachteile würden sich die Waage halten. Die Stimmen, die eher positive Effekte mit der deutschen EU-Mitgliedschaft verbinden, sind nach wie vor zahlreicher als in den Jahren von 1999 bis 2010.

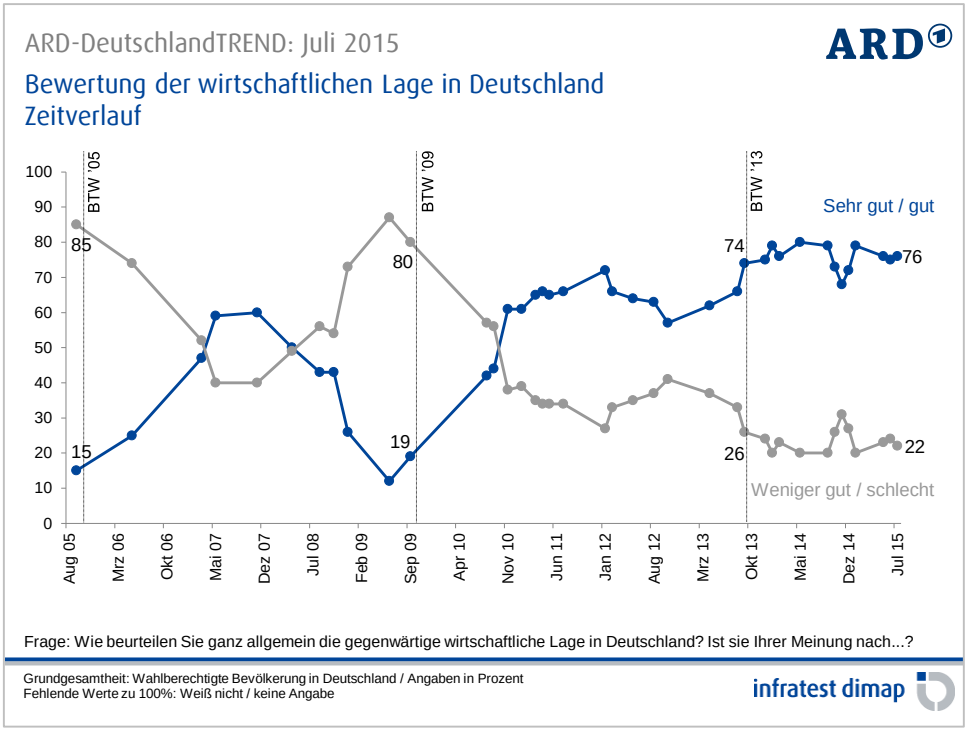
Verbleib Griechenlands in der Eurozone umstritten

Ob Griechenland dauerhaft in der Eurozone bleiben sollte, ist hierzulande umstritten. Derzeit plädieren 45 Prozent dafür, das südosteuropäische Land in der Eurozone zu halten. Ebenso viele (45 Prozent) lehnen einen Verbleib Griechenlands in der Eurozone hingegen ab. Vor knapp drei Jahren, als der sogenannte „Euro-Rettungsschirm“ u.a. auf Spanien und Irland ausgeweitet wurde, war das Urteil deutlich kritischer: damals sprachen sich zwei Drittel (65 Prozent) für eine Ausscheiden Griechenlands aus, während große Mehrheiten die anderen Krisenländer wie Irland, Spanien und Portugal weiter im Euroraum halten wollten. Aktuell fordern insbesondere die Anhänger der eurokritischen AfD mit deutlicher Mehrheit einen Austritt Griechenlands.

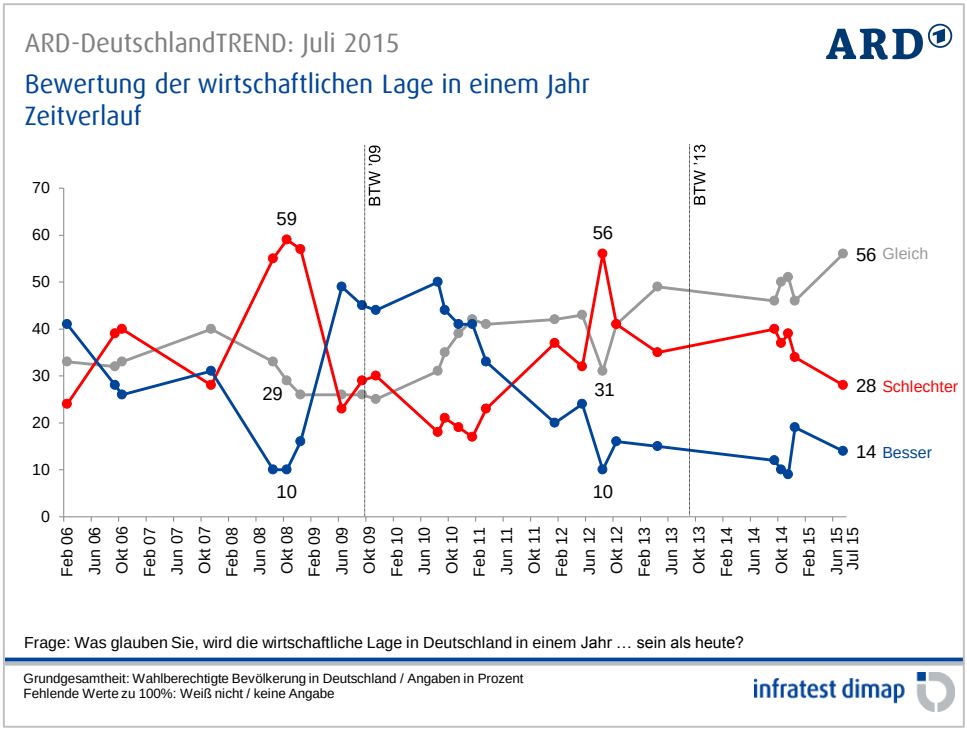


Positive Bewertung der Wirtschaftslage in Deutschland

Dass die Sorge vor negativen Folge der Griechenlandkrise auf die deutsche Wirtschaft vergleichsweise gering ist, kann nicht zuletzt auf eine positive Einschätzung der konjunkturellen Lage hierzulande zurückgeführt werden. Drei Viertel der Deutschen (76 Prozent) bewerten die wirtschaftliche Situation in Deutschland als sehr gut (12 Prozent) oder gut (64 Prozent), während ein Fünftel (22 Prozent) die konjunkturelle Lage als weniger gut oder sogar als schlecht einschätzt. Die Bewertung der deutschen Wirtschaftslage bewegt sich damit auf anhaltend hohem Niveau.

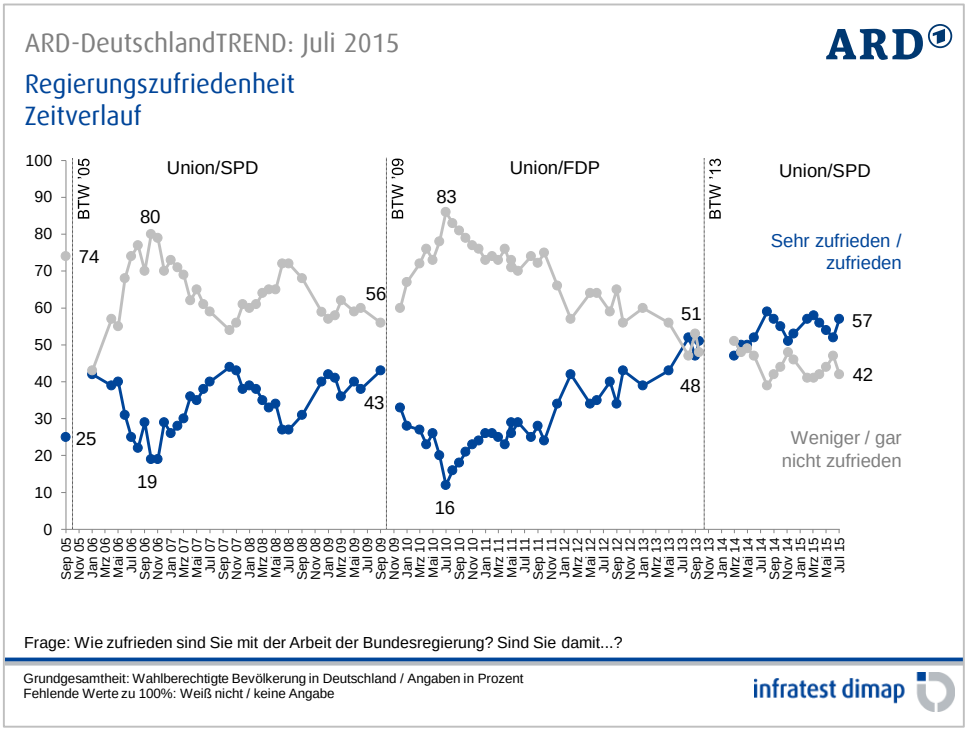


Auch der Ausblick auf die kommenden zwölf Monate gibt aus Sicht der Bevölkerung keinen Anlass zur Sorge. Im Vergleich zum Dezember 2014 glauben zwar weniger Bürger, dass sich die ökonomischen Verhältnisse in der Bundesrepublik verbessern werden (14 Prozent, -5). Andererseits befürchtet auch eine geringere Zahl als vor einem halben Jahr eine konjunkturelle Verschlechterung (28 Prozent, -6). Entsprechend höher ist der Anteil der Bürger, die von einer stabilen Entwicklung der Wirtschaft ausgehen (56 Prozent, +10).



Steigende Regierungszufriedenheit

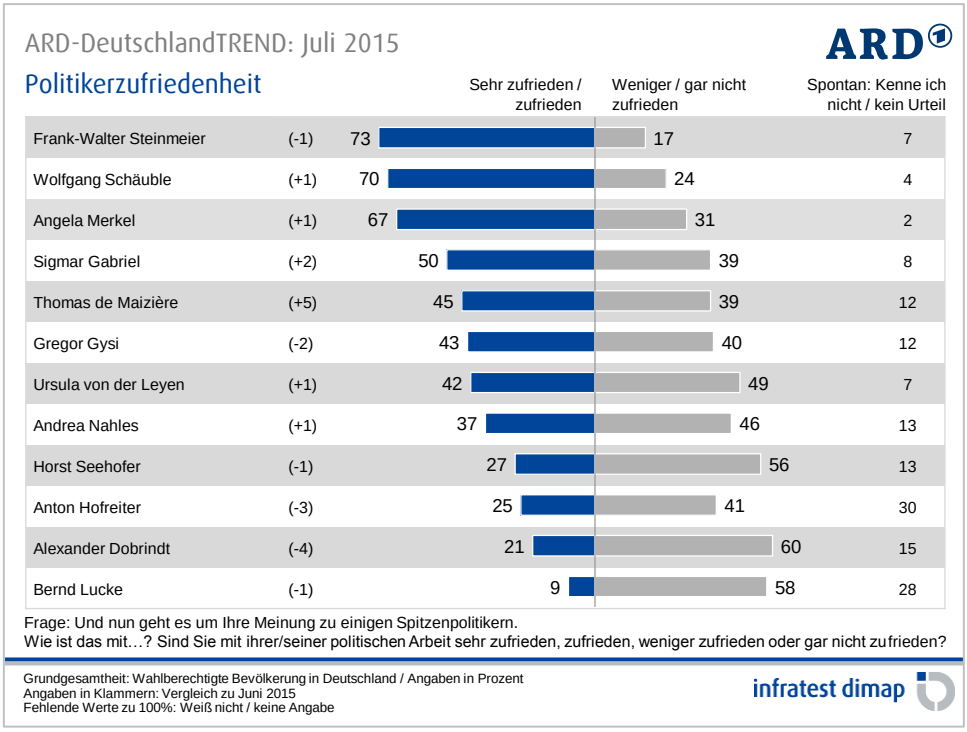
Im positiven Konjunkturumfeld fällt es dem Berliner Kabinett leicht, sich zu profilieren. Die Anzahl derer, die der Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel für ihre Arbeit Anerkennung zollen, hat sich in den zurückliegenden Wochen erhöht. Derzeit erklären 57 Prozent (+5), mit dem Kurs des Berliner Kabinetts sehr zufrieden oder zufrieden zu sein. Vier von zehn (42 Prozent, -5) sind hingegen weniger oder gar nicht zufrieden mit der Leistung der Bundesregierung.



Überwiegende Zustimmung zur Politik der Bundesregierung findet sich dabei nicht nur in den Lagern der beiden Koalitionsparteien, sondern auch bei den Anhängern der FDP und der Grünen. In den Reihen der Linken und der AfD gibt es hingegen mehr Kritik als Lob.

Politikerzufriedenheit: Steinmeier weiter vorn

Die Zufriedenheit der Bürger mit den Leistungen der Spitzenpolitiker hat sich in den zurückliegenden Wochen nur wenig verändert. An der Spitze der Liste rangiert weiterhin Außenminister Frank-Walter Steinmeier, dessen Leistungen von 73 Prozent (-1) positiv bewertet werden. Ihm folgt Finanzminister Wolfgang Schäuble mit 70 Prozent (+1), der vor dem Hintergrund seiner sehr klaren Positionierung in der griechischen Schuldenkrise seinen bisher höchsten Wert im ARD-DeutschlandTREND erreicht. Platz 3 nimmt Bundeskanzlerin Angela Merkel ein, die 67 Prozent (+1) der Bürger überzeugen kann.

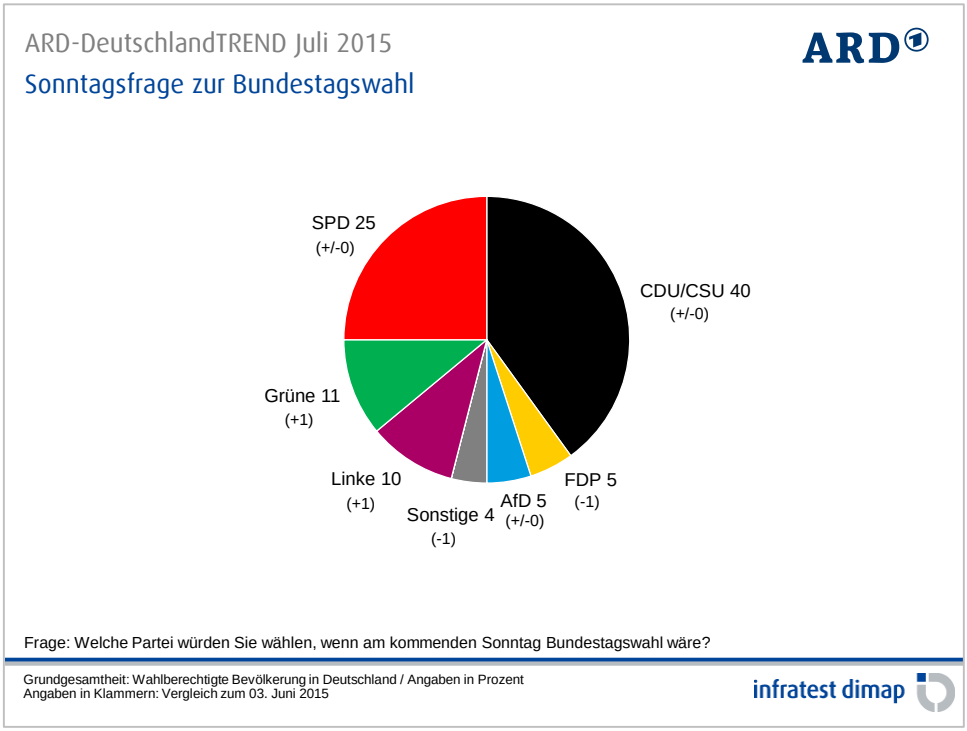


Merklich hinter dem Spitzentrio liegt Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel mit 50 Prozent (+2) an der Spitze des Mittelfeldes. Innenminister Thomas de Maizière konnte seine Ansehensverluste der letzten Zeit mit einem Plus von 5 Punkten wieder etwas ausgleichen und erreicht derzeit einen Zustimmungswert von 45 Prozent. Ihm folgen der Fraktionsvorsitzende der Linken Gregor Gysi (43 Prozent, -2) und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (42 Prozent, +1), die allerdings bei den Bürgern mehr Kritik als Lob für ihre Arbeit bekommt.

Arbeitsministerin Andrea Nahles erhält von 37 Prozent (+1) gute Noten. Deutlich schlechter schneidet der bayerische Ministerpräsident Host Seehofer ab (27 Prozent, -1). Auf den hinteren Plätzen der Beliebtheitsskala liegen der Fraktionsvorsitzende der Grünen Anton Hofreiter (25 Prozent, -3) sowie Verkehrsminister Alexander Dobrindt (21 Prozent, -4), dessen Ansehensverlust vermutlich den Problemen bei der Einführung der PKW-Maut geschuldet sein dürfte. Schlusslicht ist der Vorsitzende der AfD Bernd Lucke, der mit 9 Prozent so wenig Zuspruch erhält wie noch nie im ARD-DeutschlandTREND (-1).

Sonntagsfrage: Union und SPD stabil

Die politische Stimmung in Deutschland ist nach wie vor weitgehend stabil. Wäre bereits am nächsten Sonntag die Wahl des Bundestags, würden sich wie im Vormonat 40 Prozent der Wahlberechtigten für die CDU/CSU entscheiden. Die SPD käme ebenfalls unverändert auf einen Stimmenanteil von 25 Prozent. Sowohl die Grünen (11 Prozent, +1) als auch die Linke (10 Prozent, +1) legen binnen Monatsfrist einen Punkt zu. Demgegenüber verliert die FDP einen Punkt und liegt mit einem Wähleranteil von 5 Prozent jetzt auf der Mandatsschwelle. Gleiches gilt für die AfD, für die sich aktuell ebenfalls 5 Prozent (+/-0) entscheiden würden. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 4 Prozent der Stimmen.

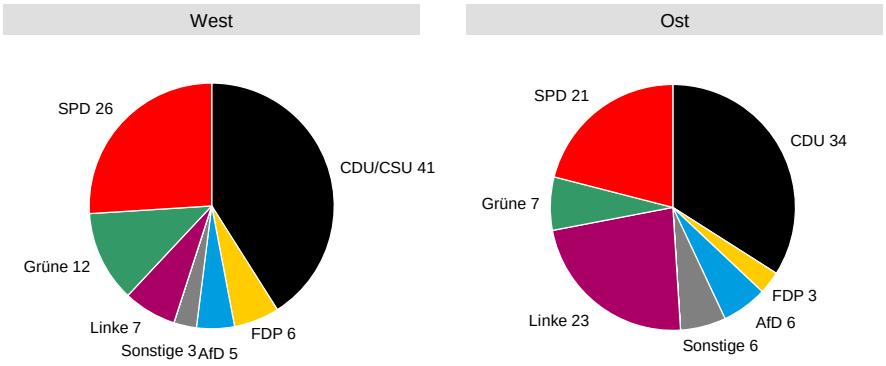


Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND Juli 2015

Sonntagsfrage zur Bundestagswahl in West- und Ostdeutschland

ARD



Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

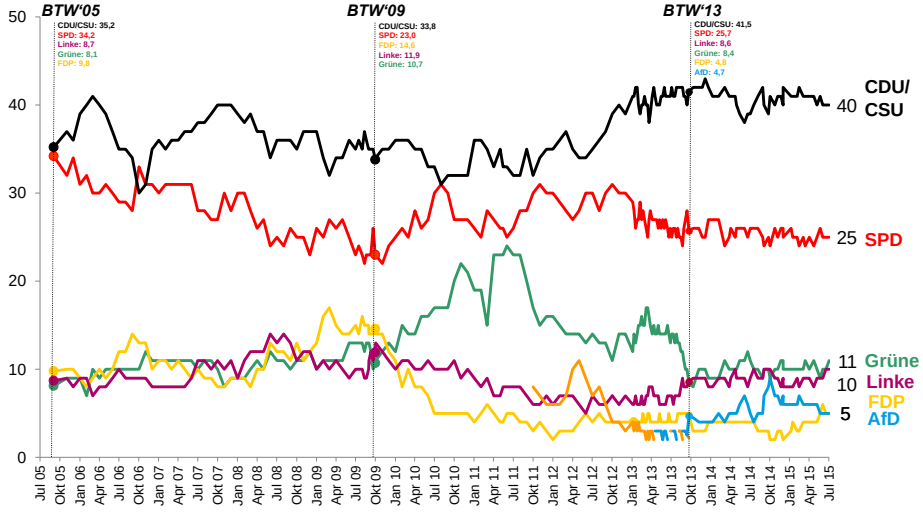
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent

infratest dimap

ARD-DeutschlandTREND Juli 2015

Sonntagsfrage zur Bundestagswahl: Zeitverlauf

ARD



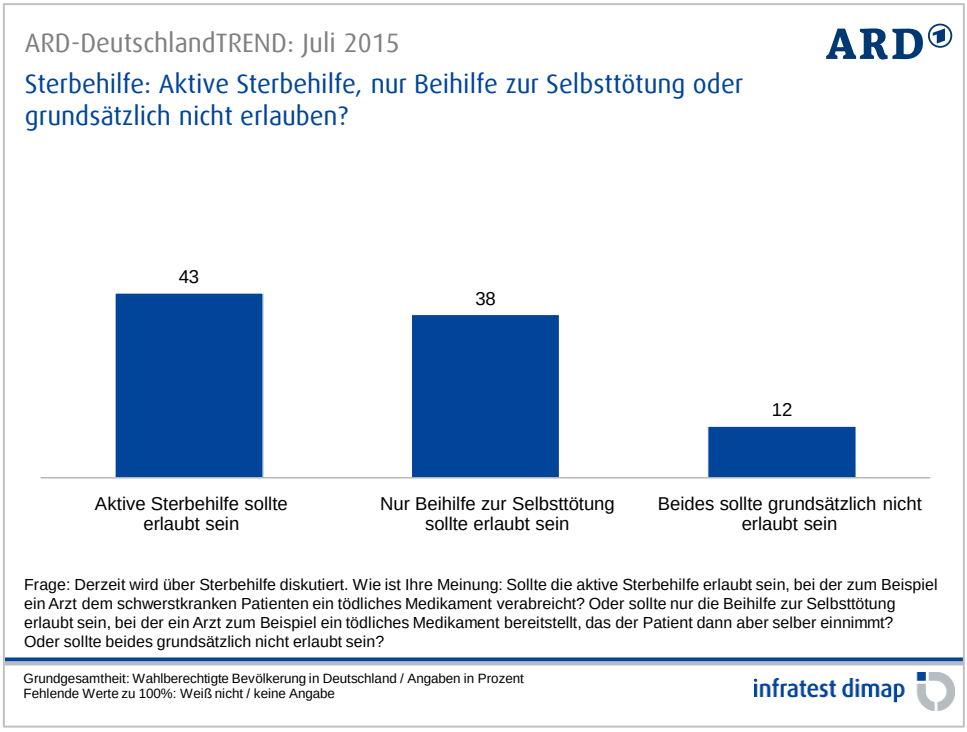
Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent

infratest dimap

Große Offenheit für Neuregelung der Sterbehilfe

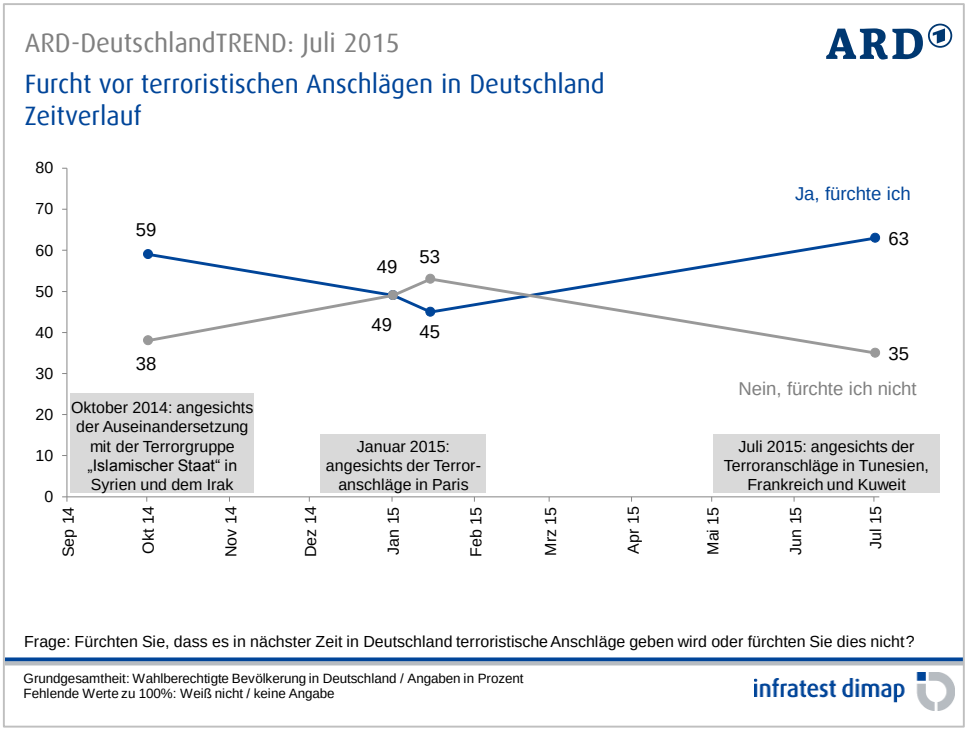
Zurzeit wird intensiv über neue rechtliche Regelungen zum Thema „Sterbehilfe“ diskutiert. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags arbeiten an entsprechenden Gesetzesvorlagen, wobei die Trennlinien quer durch die Fraktionen verlaufen. Die Bürger zeigen sich offen für eine Neuregelung: Vier von zehn (38 Prozent) plädieren dafür, die Beihilfe zur Selbsttötung zu erlauben. 43 Prozent sprechen sich sogar dafür aus, die gesetzlichen Grundlagen für eine aktive Sterbehilfe zu schaffen. Nur eine Minderheit (12 Prozent) ist grundsätzlich gegen beide Formen der Sterbehilfe.



Größere Unterschiede zwischen den Altersgruppen sind bei dieser Frage nicht festzustellen, allerdings stehen die älteren Bürger über 60 Jahre beiden Formen der Sterbehilfe skeptischer gegenüber.

Furcht vor terroristischen Anschlägen in Deutschland wächst

Am letzten Wochenende gab es nahezu zeitgleich drei Terroranschläge in Tunesien, Frankreich und Kuweit. Die zuständigen Stellen erklärten daraufhin, dass es derzeit keine konkreten Hinweise auf Anschläge in Deutschland gäbe, indes immer latente Gefahren bestehen. Bei den Bundesbürgern haben die jüngsten Ereignisse die Befürchtungen vor Terroranschlägen in Deutschland allerdings massiv ansteigen lassen. Fast zwei Drittel (63 Prozent, +18) fürchten, dass es auch hierzulande terroristische Anschläge geben wird, während ein Drittel (35 Prozent, -18) keine konkrete Gefahr sieht.



Der Anschlag auf die Redaktion der Zeitschrift Charlie Hebdo im Januar dieses Jahres hatte keine vergleichbare Wirkung. Allerdings war die Sorge vor terroristischen Anschlägen angesichts der Auseinandersetzungen mit der Terrorgruppe Islamischer Staat im Herbst 2014 bereits ähnlich hoch wie derzeit.

--
Michael Kunert / Reinhard Schlinkert